

**Konrad-Adenauer-Stiftung Washington**



# **Rentenreform in den USA**

**Ursula Carpenter**

**Juni 2005**

**Konrad-Adenauer-Stiftung Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA**

**☎ 1-202-464-5840  
📄 1-202-464-5848  
📧 [office@kasusa.org](mailto:office@kasusa.org)  
[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)**

## Rentenreform in den USA

### Ein mutiger politischer Schritt

Als Präsident George W. Bush das Thema "Rentenreform" in der State of the Union-Ansprache vom 2. Februar 2005 zur Top-Priorität seiner zweiten Amtszeit machte, unternahm er damit einen Schritt, den politische Beobachter und Praktiker häufig als politischen Selbstmord bezeichnet haben. Rentenreform in den USA wird immer wieder die Stromschiene, "the third rail"<sup>1</sup>, der amerikanischen Politik genannt nach dem Motto: "Touch it and you die". Was also bewegt den US-Präsidenten, das schwer erkämpfte politische Kapital seiner letzten Regierungsperiode für eine unpopuläre Reform zu riskieren? Wie reagiert die amerikanische Bevölkerung auf seine Reformvorschläge und was sagen die Kritiker dazu? Hat die Rentenreform von George Bush überhaupt eine Erfolgchance? Welche politischen Ziele verfolgt die Republikanische Partei mit dem riskanten politischen Manöver? Im folgenden soll eine Bestandsaufnahme der Rentenreform in den Vereinigten Staaten versucht werden, die analysiert, was die treibende Kraft hinter den Reformbemühungen ist, welche Reformbestrebungen Präsident Bush verfolgt, auf welche Kritik die Republikanische Reformagenda stößt, welche Erfolgsaussichten die Rentenreform hat und welche politischen Ziele mit ihr verfolgt werden sollen.

### Das amerikanische Rentensystem: "Social Security"



Als Präsident Franklin D. Roosevelt [FDR] am 17. August 1935 das erste umfassende amerikanische Sozialversicherungsgesetz unterzeichnete<sup>2</sup>, schuf er für die amerikanische Gesellschaft die Grundlagen eines "New Deal", eines grundlegenden Neuverständnisses für das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, bei dem der Staat zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte<sup>3</sup> auf Bundesebene Verantwortung für die soziale Sicherung seiner Bürger übernahm. Diese bahnbrechende Alternative zu einem bisher von kommunalen

Wohlfahrtsinitiativen getragenen System resultierte aus langfristigen Veränderungen der amerikanischen Gesellschaft: der industriellen Revolution, der Verstädterung Amerikas, der Erosion der Großfamilie sowie dem Anstieg der Lebenserwartung. Während ähnliche gesellschaftliche Strömungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu ersten Sozialgesetzgebungen geführt hatten, kam es in den Vereinigten Staaten erst nach der Wirtschaftskrise des Stock Market Crash im Jahr 1929

<sup>1</sup> d.h. die dritte Schiene eines U-Bahnsystems, die durch Stromschlag bei Berührung tödlich ist

<sup>2</sup> siehe Bild, <http://www.ssa.gov/history/briefhistory3.html>

<sup>3</sup> mit Ausnahme von Pensionszahlungen für Veteranen des Bürgerkrieges

und den verheerenden sozialen Auswirkungen in den darauffolgenden Jahren der "Great Depression" zu den politischen Voraussetzungen, unter denen ein amerikanischer Präsident erfolgreich einen Sozialvertrag nach europäischem Muster in Kraft setzen konnte. Seitdem gab es immer wieder Modifizierungen der "Social Security". Ab 1939 umfaßte das System neben der Altersfürsorge und Arbeitsunfähigkeitsversicherung auch eine Hinterbliebenenfürsorge. Präsident Harry Truman verabschiedete 1950 eine Ergänzung, die das Rentenwachstum an die Inflationsrate anpaßte. Präsident Lyndon Johnson führte 1965 eine staatliche Krankenversicherung für alle Senioren ab 65 Jahren ein [Medicare] und Präsident Richard Nixon verabschiedete ein Gesetz, das ab 1975 die automatische Anpassung der Renten an die Inflationsrate vorsah.<sup>4</sup> Angesichts des dramatischen Anstiegs der Zahl der Rentenempfänger und absehbarer Finanzierungsprobleme berief Präsident Ronald Reagan 1981 eine Rentenreformkommission ein. Die sog. "Greenspan"-Kommission unterbreitete 1983 Reformvorschläge, die u.a. eine progressive Rentensteuer sowie die Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre vorsah. Als im Jahr 2001 der Rentenaufsichtsrat projizierte, daß das Rentenprogramm nur noch bis 2038 solvent sei, forderte Präsident George Bush eine neue Kommission auf, Reformvorschläge zur langfristigen finanziellen Rentensicherung unter Einbeziehung von individuell gesteuerten, freiwilligen Privatkonten zu entwickeln. Aufgrund der Terroranschläge im September 2001 konnten die Empfehlungen der sog. "Moynihan-Kommission" in der ersten Amtszeit von Präsident Bush nicht zur obersten politischen Priorität werden. Bereits im Dezember 2004 rief Präsident Bush jedoch den Kongreß dazu auf, forciert auf eine baldige Lösung des Rentenproblems hinzuwirken. In seiner State of the Union-Ansprache Anfang Februar 2005 bezeichnete George Bush die Rentenreform als ein zentrales Thema seiner zweiten Amtszeit und begann eine landesweite Aufklärungskampagne "60 cities in 60 days" zur Rentenreform.

### **Was leistet das amerikanische Rentensystem heute?**

Das amerikanische "Social Security"-System umfaßt heute eine gesetzliche Renten- und Invaliditätssicherung sowie eine Hinterbliebenenvorsorge (Old Age, Survivors and Disability Insurance – OASDI). Das System ist universell (umfaßt alle Erwerbstätigen) und ist beitrags- und umlagefinanziert ["pay-as-you go"]. Arbeitnehmer und Arbeitgeber entrichten jeweils einen Pflichtbeitrag in Höhe von 6,2 % des Bruttoeinkommens für die OASDI. Selbständige zahlen den Gesamtbeitrag von 12,4%. Die Beitragsbemessungshöchstgrenze liegt bei \$90.000. Fast die gesamte erwerbstätige Bevölkerung [einschließlich der Selbständigen] ist in OASDI versichert. Im Jahr 2004 bezogen 91% aller Personen über 65 Jahre Leistungen aus der Rentenversicherung. Für ca. 21% der US-Bevölkerung über 65 Jahre sind die "Social Security"-Leistungen einzige Einkommensquelle. Die OASDI ist die erste Schicht der Alterssicherung in den USA und dient vor allem der Armutsvermeidung. Ihrem Charakter nach ist sie weniger eine Versicherung als ein leicht progressiv gestaltetes staatliches Grundsicherungssystem, d.h. der Anteil des Einkommens, der durch die Rente ersetzt wird, ist für Geringverdiener höher als für Besserverdienende. Im Jahr 2004 lagen die Rentenbezüge für

---

<sup>4</sup> Die Truman-Anpassung bedurfte noch der Genehmigung des Kongresses.

Geringverdiener durchschnittlich bei ca. 56% ihres ursprünglichen Nettoeinkommens<sup>5</sup>, für Durchschnittsverdiener bei ca. 41%, bei Spitzenverdienern bei ca. 30%.

## Die Problemanalyse von Präsident Bush

Präsident George Bush plädiert für sofortige Reformmaßnahmen zur Rentensicherung für künftige Generationen. Für ihn stellt sich die Problemlage wie folgt dar:

- **Das Social Security-System basiert auf einem Design von 1935 und entspricht nicht den Anforderungen des 21. Jahrhunderts.**  
*Heute sind mehr als 60% der Frauen im Arbeitsmarkt tätig und ihre Lebenserwartung beträgt 77 Jahre. Das heutige System macht leere Versprechungen an nächste Generationen. Das System von 1935 versprach niedrigere Leistungen, die Lebenserwartung war geringer, es gab mehr Erwerbstätige pro Rentner und weniger Rentner bezogen Leistungen aus dem System.*
- **Mit jedem Jahr zahlen weniger Erwerbstätige immer größere Leistungen an mehr und mehr Rentner.**  
*Bei Einführung des Rentensystems unterstützten 40 Erwerbstätige einen Rentner und die meisten Rentner lebten nicht lange genug, um jemals Leistungen zu beziehen. Die Demographie hat sich inzwischen dramatisch geändert: Menschen leben länger und haben weniger Kinder. 1950 unterstützten noch 16 Erwerbstätige einen Rentenempfänger. Heute unterstützten 3,3 Erwerbstätige einen Leistungsempfänger. Laut Prognosen werden lediglich 2 Erwerbstätige einen Rentner unterstützen, wenn die jüngsten Erwerbstätigen von heute 65 Jahre alt sind.*
- **In den nächsten Jahrzehnten werden die auszahlenden Leistungen dramatisch ansteigen.**  
*Da die Leistungen an die Wachstumsrate der Gehälter [wage indexing] – und nicht an die Inflationsrate [price indexing] – gebunden sind, ist der Anstieg der Leistungen größer als das allgemeine Wirtschaftswachstum. Diese 1977 eingeführte Leistungsformel führt dazu, daß die 20-Jährigen von heute Leistungsanstiege erwarten, die 40% höher sind als die Rentenbezüge von heute. Dieses Versprechen ist jedoch mit dem gegenwärtigen System finanziell nicht haltbar.*
- **Der Renteneintritt der Baby Boomers verstärkt das Problem.**  
*In drei Jahren beginnen die ersten "Boomers"[geburtenstarke Jahrgänge der 50iger und 60iger Jahre] ihren Eintritt in den Ruhestand und werden somit das System zusätzlich belasten. Im Jahr 2031 wird es zweimal so viele amerikanische*

---

<sup>5</sup> Beim Nettoeinkommen handelt es sich um das durchschnittliche Nettoeinkommen des Versicherten aller angerechneten Versichertenjahre.

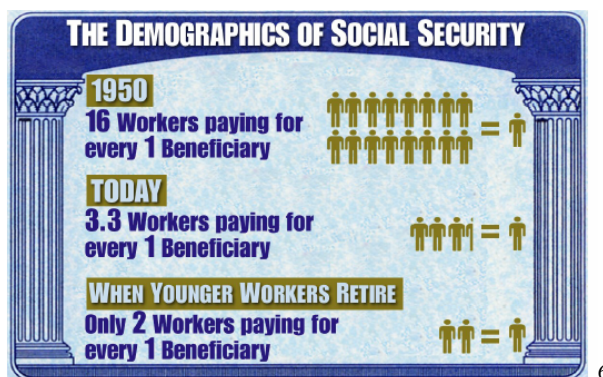
Senioren geben als heute, d.h. ein Anstieg von 37 Millionen im Jahr 2005 auf 71 Millionen im Jahr 2008.

- **Das Rentensystem von heute steuert dem Bankrott entgegen.**

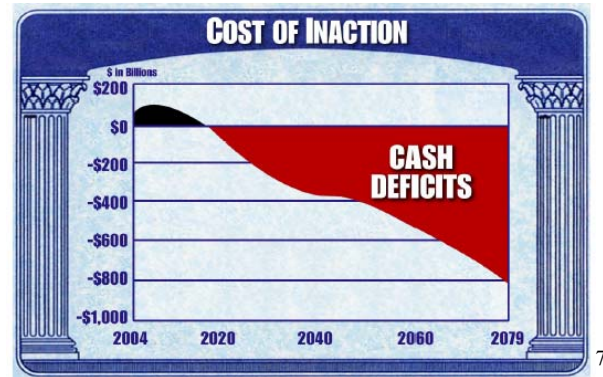
*Im Jahr 2018 wird das System mehr auszahlen als es einnimmt und in jedem Jahr danach wird die Lücke größer werden. Wenn die jungen Erwerbstätigen von heute im Jahr 2042 in den Ruhestand eintreten, wird der Rentenfonds ausgeschöpft und zahlungsunfähig sein. Wenn jetzt nichts zur Rettung des Systems unternommen wird, wird die einzige Lösung in drastischen Steuererhöhungen, massiver Neuverschuldung und plötzlichen, gravierenden Leistungskürzungen in der Altersvorsorge und anderen staatlich finanzierten Programmen bestehen.*

- **Bis zum Jahr 2004 betragen die Kosten dafür, daß das System nicht reformiert wurde, ca. \$10.4 Billionen.**

*Je länger die Reform hinausgeschoben wird, desto gravierender und teurer werden die Änderungen sein. Jedes "Wartejahr" kostet zusätzlich \$600 Milliarden. Heute muß ein 30-jähriger Erwerbstätiger bei Renteneintritt mit Leistungskürzungen in Höhe von 27% rechnen. Die Leistungskürzungen werden ohne eine Rentenreform nur noch drastischer.*



6



7

<sup>6</sup> <http://www.whitehouse.gov/infocus/social-security/200501/strengthening-socialsecurity.html>

<sup>7</sup> <http://www.whitehouse.gov/infocus/social-security/200501/strengthening-socialsecurity.html>

## Privatkonten: Eckpfeiler des Republikanischen Reformmodells

Das Konzept von persönlichen oder privaten Rentenkonten<sup>8</sup>, das es Erwerbstätigen ermöglicht, zumindest über einen Teil ihrer Steuern Kontrolle auszuüben, ist ein Eckpfeiler der innenpolitischen Agenda in Präsident Bushs zweiter Amtszeit. Ebenso zentral ist das Konzept der "Eigentümer-Gesellschaft ["ownership society"], die durch Steuersenkungen Amerikaner in die Lage versetzen soll, einen größeren Anteil ihres Geldes selbst zu kontrollieren.<sup>9</sup> Die Implementierung und Gestaltung des Privatkontenkonzeptes gestaltet sich nach dem Bush-Modell wie folgt:

Privatkonten würden schrittweise eingeführt werden. Jährliche Einzahlungslimits [anfänglich \$1000] würden über einen längeren Zeitraum hinweg erhöht werden, so daß schließlich alle Erwerbstätige bis zu 4% aus ihren Rentenbeiträgen von insgesamt 12,4% abzweigen und in die Privatkonten ["carve out accounts"] einzahlen könnten. Privatkonten würden jüngeren Erwerbstätigen die Möglichkeit bieten, ein "Nest Egg" [Sparguthaben] für den Ruhestand zu akkumulieren, das der Staat nicht wegnehmen könnte. [Ownership-Prinzip: Kontrolle über eigenes Vermögen]. Privatkonten wären freiwillig. Die Auswahl und Verwaltung der Privatkonten würden dem Rentensystem des öffentlichen Dienstes gleichen.<sup>10</sup> Die Einzahlungen in die Privatkonten würden in eine Mischung aus Pfandbriefen und Aktien investiert werden. Privatkonten würden in den letzten Jahren vor dem Eintritt in den Ruhestand von plötzlichen Marktschwankungen geschützt werden. Auch würden diese nicht von Börsenmakler-Gebühren "verschlungen" werden. Vor Eintritt in den Ruhestand würde ein Erwerbstätiger keinen Zugang zu den Privatkonten haben. Privatkonten würden bei Eintritt in den Ruhestand nicht auf einen Schlag geleert werden können, sondern über einen Zeitraum hinaus als Zusatzleistung zu den traditionellen Rentenleistungen ausgezahlt werden. Privatkonten würden in der Übergangszeit phasenweise eingeführt werden. Präsident Bush betont dabei, daß das Privatkontenkonzept von fiskaler Verantwortung geprägt sei, d.h. vereinbar sei mit seinem Gesamtziel, das Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2009 zu halbieren. Die Einführung von Privatkonten führe nicht zu einer Erhöhung der Gesamtkosten, die auf das Rentensystem zukommen.

In seiner jüngsten landesweit zur besten Sendezeit ausgestrahlten Pressekonferenz setzte Präsident Bush 100 Tage nach seinem zweiten Amtseid und nach Beendigung seiner landesweiten Aufklärungskampagne zur Rentenreform neue Akzente. Ein wichtiger Grundsatz seiner Reform solle daran festhalten, daß Amerikaner, deren Rentenbezüge ihre einzige Einkommensquelle darstelle, in Zukunft eine Rente erhalten sollten, die mindestens genauso groß ist oder aber noch größer ist als die heute. Als weiteren Reformimpuls nannte Präsident Bush eine progressive Gestaltung der Rentenwachstumsrate. Danach sollten in Zukunft die Renten von Niedrigverdienern

<sup>8</sup> Der Begriff "Privatkonten" hatte bei der amerikanischen Bevölkerung eine negative Konnotation und wird seitens der Bush-Administration nicht mehr benutzt. Stattdessen wird von offizieller Seite der Begriff "personal retirement accounts" (persönliche Rentenkonten) bevorzugt.

<sup>9</sup> Das Prinzip der "Ownership Society" war u.a. auch Leitziel bei der Bildungsreform von Präsident Bush, dessen "No Child Left Behind Act" darauf abzielt, den Eltern mehr Kontrolle über die Ausbildung ihrer Kinder zu gewähren, indem die Schulen durch Standard-Kontrollen zur Rechenschaft gezogen werden.

<sup>10</sup> Federal employee retirement program, allgemein bekannt als "Thrift Savings Plan" (TSP).

schneller wachsen als die der besser verdienenden Erwerbstätigen. Diese einkommensabhängige Formel [progressive indexing]<sup>11</sup> würde die meisten Finanzierungsprobleme des Rentensystems lösen. Der sog. Pozen-Plan sieht vor, daß Rentner mit einem Einkommensdurchschnitt bis \$25.000 im Jahr [d.h. ca. ein Drittel der Erwerbstätigen] weiterhin ein Rentenwachstum erhalten, das an "wage indexing" gebunden ist, während das Wachstum der Rentenleistungen für Erwerbstätige mit einem jährlichen Durchschnittseinkommen ab \$113.000 an den langsamer ansteigenden Preisindex gebunden wäre. Für Verdiener der Mittelklasse wären die Rentenwachstumsraten an eine Mischung aus "wage and price indexing" gebunden. Das Pozen-Modell würde etwa Dreiviertel der Finanzlücke von \$3.8 Billionen über die nächsten 75 Jahre eliminieren.

### **Die Demokratische Partei (fast) geschlossen gegen Bush-Reformen**

Kaum hatte Präsident Bush im April seine landesweite Aufklärungskampagne zur Rentenreform "60 Cities in 60 Days" beendet, marschierten die Demokratischen Kongreßmitglieder geschlossen auf eine Protestversammlung vor dem Kapitol, um am 1. Anhörungstag zum Thema Rentenreform im Senat gegen die Reformpläne Bushs zu protestieren. Bereits im Vorfeld der State of the Union-Rede, in der Präsident Bush am 2. Februar die Rentenreform zur Top-Priorität seiner innenpolitischen Agenda erhob, lehnten prominente Demokraten die Idee der Privatkonten ab. So warnte Senator Edward Kennedy am 12. Januar im Washingtoner Presseclub: "Wir werden keinen Präsidenten den amerikanischen Traum in einen Albtraum für Senioren und in eine Bonanza für die Wall Street verwandeln lassen". Kennedy weiter: "Die größte Gefahr für die Alterssicherung ist nicht der Renteneintritt der Baby-Boomers, sondern George Bush und die Republikanische Partei." In ihrer Ablehnung werden die Demokraten konsistent und vehement flankiert sowohl von Seiten der Gewerkschaften<sup>12</sup> als auch des einflußreichen Seniorenverbandes, der "American Association of Retired People" [AARP].<sup>13</sup>

Ausgangspunkt der Demokratischen Kritik<sup>14</sup> ist die Bush-These, daß das Rentensystem in einer "Krise" stecke. Dies sei eine Übertreibung, die Bush dazu dienen solle, sein eigentliches politisches Ziel zu erreichen: nämlich das größte und älteste – und von den Wählern als Errungenschaft der Demokratischen Partei perzipierte! – Sozialprogramm der Vereinigten Staaten zu beschneiden. Die seitens der Bush-Regierung ins Feld geführte Prognose, daß das Rentensystem nur noch bis 2041 solvent sei, widerlegen die

---

<sup>11</sup> Ein Verfechter dieses Modells ist der Finanzexperte Robert Pozen, der für das Reformmodell von Präsident Bush in Kongreßanhörungen plädierte. Ironischerweise ist Pozen Demokrat und hatte seine Stimme nicht für Präsident Bush abgegeben.

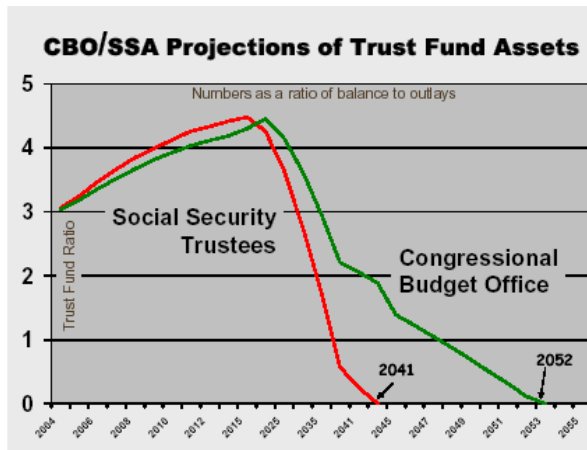
<sup>12</sup> [http://www.aflcio.org/issuespolitics/socialsecurity/wallstreetgreed/wsg\\_retirement.cfm#chart](http://www.aflcio.org/issuespolitics/socialsecurity/wallstreetgreed/wsg_retirement.cfm#chart)

<sup>13</sup> Die Ablehnung des Bush-Reformmodells durch die AARP ist bemerkenswert im Zusammenhang mit der vorhergehenden Unterstützung des Seniorenverbandes für die Medicare-Reformen von Präsident Bush während seiner ersten Amtsperiode. Diese äußerst kontroverse AARP-Entscheidung hatte zu scharenweisen Austritten amerikanischer Senioren geführt.

[http://www.aarp.org/money/social\\_security/a2004-12-01-social\\_security\\_wherewestand.html](http://www.aarp.org/money/social_security/a2004-12-01-social_security_wherewestand.html)

<sup>14</sup> vgl. Websites der Demokratenführer im Senat, Harry Reid: <http://reid.senate.gov> und im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi: <http://democraticleader.house>

Demokraten anhand von Analysen des *Congressional Budget Office*, einer überparteilichen Institution des US-Kongresses, die basierend auf anderen Grundannahmen zu dem Ergebnis kommen, daß das System bis 2052 solvent sei.[siehe Grafik]<sup>15</sup> Zwar geben die Demokraten zu, daß das Rentensystem signifikante Finanzprobleme habe, die möglichst bald gelöst werden sollten, sie bestreiten jedoch die Notwendigkeit übereilter Reformen. Forscher des liberalen "Center for Economic and Policy Research"<sup>16</sup> schrieben in einem Leitartikel der *Washington Post* vom 23. Januar: "Das für die nächsten 75 Jahre projizierte Defizit ist geringer als die Defizite, die durch Anpassungen in den 50iger, 60iger, 70-iger und 80-iger Jahren gedeckt wurden. Außerdem ist es ungefähr ein Drittel so groß wie die Steuerkürzungen, die die Bush-



Regierung verabschiedete." Somit sei das Problem, das Präsident Bush zur Krise hochstilisiert habe, "a non-issue". Das Argument gegen die Krisenstimmung lautet weiter: Selbst wenn am gegenwärtigen Rentensystem nichts geändert wird, würden nach dem Jahr 2052 weiterhin Leistungen in Höhe von 80% der jetzigen Bezüge ausgezahlt werden können, d.h. höhere Leistungen als die, die nach den Reformplänen der Bush-Regierung zu erwarten wären. Die Demokraten argumentieren, daß die Zeit

reiche, eine "verantwortungsvolle" Lösung zu finden, die zur nachhaltigen Stärkung des Rentensystems führen solle.

Republikaner werfen den Demokraten vor, außer Kritik an Bushs Reformplänen keine eigenen Ideen zur nachhaltigen Stärkung des Rentensystems vorgelegt zu haben. Auf Demokratischer Seite waren lange Zeit lediglich Konturen eines Planes zur Sicherung der "Social Security" erkennbar. Erklärte Strategie der Demokratischen Führungsspitze ist es, keinen eigenen Plan vorzulegen, bevor nicht Präsident Bush selbst einen detaillierten Reformplan unterbreitet. Umso erstaunlicher war der Alleingang des Kongreßmitglieds Robert Wexler, der als erster Demokrat in einem Interview mit der *Washington Times* [17.Mai] einen Rentenreformplan vorlegte. Wexler plädierte für einen Plan ohne Leistungskürzungen, ohne Anhebung des Rentenalters, ohne Neuverschuldung und ohne Privatkonten. Finanziert würde dieses Modell durch eine Rentenbesteuerung des Einkommens oberhalb der gegenwärtigen Grenze von \$90.000 mit 3% für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Einkommen unterhalb dieser Grenze würden für beide Seiten mit 6% Rentensteuer belegt werden. Darüber hinaus würden alle neue Anspruchsberechtigungen durch Steuererhöhungen oder Ausgabensenkungen ausgeglichen. Das Vorpreschen des Demokraten aus Florida stieß auf äußerst verhaltene Resonanz in den Führungsetagen der Partei. "Brauchbar"<sup>17</sup> sei der Vorschlag, so der Stellvertretende Vorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus Steny Hoyer. Andere Demokraten denunzierten den

<sup>15</sup> <http://assets.aarp.org/www.aarp.org/articles/presscenter/pdf/SocialSecurityBackgroundBriefing.pdf>

<sup>16</sup> <http://www.cepr.net/>

<sup>17</sup> <http://www.thehill.com/thehill/export/TheHill/News/Frontpage/051805/wexler.html>



Alleingang als "politischen Fehltritt". Hoyer betonte: "Zur Zeit haben wir keinen Demokratischen Plan... Ich glaube die Zeit dafür ist noch nicht gekommen." Aus Kreisen der Demokratischen Führungsebene im Repräsentantenhaus wurde jedoch eindeutig Kritik an Wexlers Plan laut, da er mit der Demokratischen Abwartestrategie kollidiere: "Die Strategie ist, abzuwarten, bis der Präsident einen konkreten Reformvorschlag vorlegt. Seine Zustimmungsraten sind stark gesunken, also gibt es keinen Grund, einen Plan vorzulegen, solange wir politisch keinen Preis dafür bezahlen, daß wir keinen Plan vorlegen." Ob die Demokraten tatsächlich keinen politischen Preis für ihre Defensivstrategie zahlen müssen, bleibt abzuwarten.

### **Hat die Rentenreform eine Chance?**

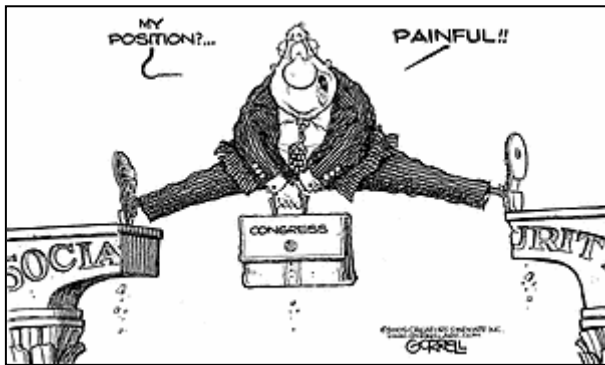
Bereits seit Anfang des Jahres herrscht in Republikanischen Kreisen Skepsis, ob es Präsident Bush gelingen würde, das oberste innenpolitische Ziel seiner zweiten Amtszeit zu erreichen. Todd Weiner, Analyst bei einem Republikanischen Meinungsforschungsinstitut vertritt die These, daß eine "wirkliche Reform des Rentensystemes mindestens ein oder zwei Jahrzehnte" in der Zukunft liege.<sup>18</sup> Weiner sieht fünf Gründe, weshalb der "Heilige Gral der persönlichen Rentenkonten" keine Chance habe, Gesetz zu werden. Erstens gäbe es zu viele Nutznießer des jetzigen Systems, die gegen Reformpläne opponieren würden [nämlich alle Amerikaner über 65, gestärkt durch die Seniorenlobby, und die Demokratische Partei]. Zweitens: seit dem New Deal der dreißiger Jahre habe der Kongreß lediglich eine einzige größere konservative Reform auf Bundesebene durchgesetzt [die Sozialstaatreform von 1996], während liberale Reformen jahraus jahrein mit Leichtigkeit verabschiedet würden. Drittens könne eine so ehrgeizige Initiative wie die Rentenreform nur in einer Krisenatmosphäre Aussichten auf Erfolg haben. Das "Social Security"-Programm sei bekanntlich während der "Great Depression" aus der Taufe gehoben worden. Ansonsten würden Politiker dazu tendieren, Probleme erst zu lösen, wenn eine Krise ausbräche. Diese Krise sei jedoch mit Blick auf die Rentensicherung noch nicht eingetreten. Die Initiative von Präsident Bush sei zwar "nobel – aber politisch unbrauchbar", da das Rentensystem noch bis 2028 solvent sei. Als vierten Grund führt Weiner an, daß in politischen Debatten, in denen Gefühle gegen Fakten ausgespielt werden, fast immer die Gefühle gewinnen. Im Fall der Rentenreform seien zwar die Fakten auf der Seite von Präsident Bush, die Gefühle, d.h. die Angst der Senioren vor Leistungskürzungen, die Angst der Baby Boomers, daß ihre Privatkonten den Schwankungen der Börse unterliegen und sie dem Schicksal der Enron-Angestellten folgen könnten, seien jedoch auf Seiten der Demokraten. Schließlich scheine eine Verabschiedung der Reform durch den Senat zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich, da eine umfassende Rentenreform die Unterstützung von 60 Senatoren brauche, um eine Dauerdebatte ["filibuster"] zu überleben. Die Republikaner haben jedoch lediglich 55 Sitze in Senat. Selbst wenn also alle Republikaner für die Rentenreform des Präsidenten stimmen würden [und davon könne man nicht unbedingt ausgehen], wäre es im gegenwärtig äußerst politisierten Klima fast aussichtslos zu erwarten, daß fünf Demokraten mit den Republikanern stimmen würden. Gehe man davon aus, daß einige moderate Republikaner sogar

<sup>18</sup> <http://www.affdoublethink.com/archives/018886.php>

Bedenken hätten, ein großes, populäres Programm ohne überparteiliche Unterstützung zu ändern, müsse man zu dem Schluß kommen, daß im Senat "die Zahlen nicht stimmen". Dies sei der "letzte Nagel im Sarg" der Rentenreform.

Jüngste Meinungsumfragen<sup>19</sup> zeigen, daß sowohl Präsident Bush selbst wie auch seine Rentenreform nicht in der Gunst der Bevölkerung stehen. In einer Umfrage des Time Magazine vom 10.-12. Mai d.J. sind 59% der Befragten mit Präsident Bushs Handhabe der Rentenreform nicht einverstanden. In einer Umfrage von CNN/USA Today/Gallup vom 29. April – 1. Mai lehnen 52% der Befragten das Modell der Privatkonten ab, und 46% sagen von sich, daß sie der Demokratischen Partei mehr Vertrauen schenken, wenn es um Rentenleistungen geht als der Republikanischen Partei [36%]. Eine Umfrage von NBC/Wall Street Journal vom 12.-16. Mai zeigt, daß die Zustimmungsrates Präsident Bushs in der amerikanischen Bevölkerung an einem Tiefpunkt angelangt ist. Während noch Anfang des Jahres 50% der Befragten der Aussage zustimmten, daß Präsident Bush seine Sache gut mache, waren es Mitte Mai nur noch weniger als die Hälfte [47%]. Bei der Time-Umfrage lag diese Zahl bei lediglich 46%.

Die allgemeine Verunsicherung mit Blick auf einen finanziell gesicherten Ruhestand, die nach dem Enron-Skandal in der amerikanischen Bevölkerung einsetzte, hat sich gerade in den letzten Wochen in den Vereinigten Staaten noch verschärft durch das Urteil eines US-Gerichtes, das dem Mutterunternehmen der amerikanischen Fluggesellschaft United Airlines erlaubte, seine Pensionsverpflichtungen gegenüber seinen Angestellten wegen Zahlungsunfähigkeit auf eine Bundesbehörde abzuwälzen. Viele Amerikaner sehen mit Sorge einem Trend entgegen, der es Großunternehmen, wenn sie überhaupt noch Pensionspläne anbieten, erleichtern würde, sich den unternehmenseigenen



Pensionsverpflichtungen zu entziehen. Während die Demokraten versuchen, aus dieser Unsicherheit politisches Kapital zu schlagen, indem sie die Rentenreform des Präsidenten als Instrument der Beschneidung des einzigen gesicherten Rentenprogrammes darstellen, haben es die Republikanischen Kongreßmitglieder umso schwerer, eine Reform des populären "Social Security"-

Programmes an die Wählerschaft zu verkaufen. Angesichts der ablehnenden Haltung der Amerikaner gegenüber den Rentenreformvorschlägen von Präsident Bush stellt sich vor allem für Republikanische Kongreßmitglieder bereits in der jetzigen Legislaturperiode die schwierige Frage nach ihrem eigenen politischen Überleben, denn im nächsten Jahr stehen in den sog. Midterm-Elections [Zwischenwahlen im Kongreß] alle Mitglieder des Repräsentantenhauses sowie ein Drittel der Senatoren zur Wahl an. [siehe Karikatur]<sup>20</sup> Ob es dem Präsidenten im Zwischenwahljahr 2006 gelingen würde, gegen die Wählerstimmung eine unpopuläre Reforminitiative durch den Senat zu bringen, bleibt

<sup>19</sup> [www.pollingreport.com/social.htm](http://www.pollingreport.com/social.htm)

<sup>20</sup> <http://www.socialsecuritychoice.org/archives/cartoons/index.php>

fraglich. Der Bush-Reformverfechter Robert Pozen geht von einem kleinen Zeitfenster aus, in dem der Kongreß handeln müsse: "Das Fenster schließt sich 2007. Das ist der letzte Zeitpunkt. Niemand außer einem Präsident in einer zweiten Amtszeit wird jemals dieses Problem angehen. Es ist einfach zu schwer, gegen die Wirkung des Wahldruckes standzuhalten."<sup>21</sup>

### **Langzeitziel: Stärkung der Republikanischen Partei**

Was also ist die Motivation des Präsidenten, eine politisch riskante Rentenreform zu initiieren, wenn die Erfolgsaussichten ihrer Implementierung so gering sind? In einem Washington Post-Artikel vom 30. Januar vertreten Thomas Edsall und John Harris die These, daß Präsident Bush mit seiner Rentenreform ein langfristiges politisches Ziel verfolge, nämlich, die Republikanische Partei auf lange Zukunft hin zu stärken. Seit dem Bestehen des Rentensystems werde dieses Kernstück des amerikanischen Gesellschaftsvertrags mit der Demokratischen Partei verbunden. Die Rentenreform des Republikanischen Präsidenten, so die Autoren, solle im politischen Subtext eine neue Republikanische Wählerschaft produzieren, indem durch die Einführung der privaten Rentenkontoen [sprich Börseninvestitionen] eine neue Generation von Wall Street-Investoren geboren werde, die künftig ihre Interessen eher durch die Republikaner als die "anti-kapitalistischen" Demokraten vertreten sähe. Der Präsident der "Americans for Tax Reform", ein Vertrauter von George Bush und Karl Rove, Grover Norquist, zu dieser Querverbindung: "Es wird ein kontinuierliches Wachstum im Anteil der Amerikaner geben, die sich als Republikaner verstehen, sowohl im Sinne von Partei-Identifizierung als auch im Sinne von wirtschaftlichen Interessen". Ebenso baut der Vorsitzende der Republikanischen Partei Ken Mehlman darauf, daß die vorgesehene Teilprivatisierung der Renten eine neue Wählergeneration produziert, die sich weniger auf den Sozialstaat als Vertreter ihrer Interessen verläßt und sich stattdessen eher mit der Republikanischen Partei als Interessensvertretung identifiziert. [Prinzip "Ownership Society": vom Wohlfahrtsstaat zum Investorenstaat] Da die Mehrheit der Investoren eher Republikanisch wählt, würden, so Norquist, mit der Rentenreform "Bedingungen geschaffen, unter denen Wähler eher dazu neigen, Politiker zu unterstützen, die für Wachstum, Eigentum und den freien Markt sind." Die Wegbereitung für die "Ownership Society" hat begonnen. Ob es Präsident Bush in seiner zweiten Amtsperiode gelingen wird, den schwierigen Weg der Rentenreform durch die Gänge des Kongresses erfolgreich zurückzulegen, bleibt abzuwarten. Im "worst case scenario" ist dem Präsidenten ein Platz in der amerikanischen Geschichte sicher als Mitautor eines spannenden Kapitels der amerikanischen Innenpolitik, im besten Fall könnte er zum Republikanischen Pendant von Präsident Roosevelt werden: als Vaterfigur einer neuen Republikanischen Volkspartei und eines "konservativen New Deal".

---

<sup>21</sup> vgl. Mike Allen, Washington Post, 20. Mai 2005, "Allies Advise Bush to Alter Plan, Urge Hill to Act"